

ZO / AvU · Mittwoch, 27. April 2005

### **Abbau bei Oberländer Drogenhilfe**

Solidaritätsbeitrag der Gemeinden im Oberland nicht erhöht – Angebote sind dadurch gefährdet

zo. Trotz einer massiven Budgetkürzung seien die Angebote in der dezentralen Drogenhilfe nicht gefährdet, fand der Regierungsrat vor kurzem. Die Vertreter von Oberländer Drogenhilfsorganisationen sehen dies jedoch nicht so. Die Gemeinden seien nämlich nicht bereit, überall für den Kanton als Geldgeber in die Lücke zu springen.

Im Rahmen der Sanierungsmassnahmen hatte der Kanton sein Engagement für die dezentrale Drogenhilfe um die Hälfte auf 4,8 Millionen Franken gekürzt. Für die Oberländer Angebote hiess dies, dass sie künftig jährlich mit 600 000 Franken weniger auskommen müssen. Vor kurzem meinte der Regierungsrat auf eine Interpellation betreffend der Auswirkungen der Kürzung der kantonalen Subvention an die Angebote der dezentralen Drogenhilfe, dass diese kaum gefährdet seien. Dieses Urteil wurde im Kantonsrat kaum bestritten.

### **Abwälzen auf die Gemeinden**

Diese Einschätzung nicht stehen lassen wollen dagegen die Organisationen, die im Oberland die Drogenhilfe betreiben. «Ob die regierungsrätliche Meinung zutreffen wird, ist in erster Linie abhängig vom guten Willen der Gemeinden», unterstreicht Hans-Rudolf Baumberger, Geschäftsleiter des Vereins für Drogenfragen Zürcher Oberland (VDZO), in einer Stellungnahme. «Die scheinbar eingesparten 4,8 Millionen sind nur im Kantonsbudget gespart. Effektiv wird ein grosser Anteil nur auf die Gemeinden abgewälzt. Den fehlenden Beitrag müssen die Gemeinden zum Beispiel mit höheren Taxen an die bestehenden Angebote oder höheren Defizitbeiträgen in den Zweckverbänden ausgleichen», gibt Baumberger zu bedenken.

Diese Einschätzung wird von Kaspar Jucker von der Stiftung Netzwerk und Claudius Scholer vom Verein Dezentrale Drogenhilfe für das mittlere Glattal (DDMG) geteilt. Die Stiftung Netzwerk betreibt als grösster privater Anbieter im Oberland verschiedene Wohn- und Arbeitsangebote und führt seit vier Jahren zusammen mit dem DDMG Wohn-, Arbeits- und Jugendangebote im Glattal.

Die Kürzungen hatten zur Folge, dass Netzwerk einen Teil der Fehlbeträge auf Kosten des Eigenkapitals und «nur zum Teil dank Hilfe von privaten Geldgebern provisorisch gedeckt werden», wie Jucker festhält. Kurzfristig lasse sich eine Umlagerung noch dank dem grossen Einsatz der Mitarbeiter machen, langfristig aber werde das bisher tragende Vier-Säulen-Modell im Drogenbereich mit Prävention, Repression, Therapie und Schadenminderung im Kanton «massiv geschwächt», glauben die beiden.

### **Solidarität ist gefährdet**

Unter dem Spardruck sah sich der VDZO gezwungen, die letzte Finanzierungsrunde für seine Angebote neu auszurichten. Wie Baumberger ausführt, hätten viele Gemeinden eine generelle Beitragserhöhung der solidarischen Prokopfbeiträge im Zürcher Oberland, wie vom Kanton vorgeschlagen, wohl nicht mehr geschluckt. Deshalb gingen die Anträge des VDZO und der Stiftung Netzwerk von gleich bleibenden Prokopfbeiträgen aus. Der Subventionsausfall sollte durch Einsparungen oder zusätzliche Einnahmen wie Tagestaxerhöhungen, Kapazitäts- und Auslastungssteigerungen bei den Angeboten aufgefangen werden. «Ob die Rechnung aufgehen wird, bleibt offen», werweist Baumberger.

Um auf die relativ schwierige abzuschätzende Situation der Gemeindefinanzen Rücksicht zu nehmen, wurde den Gemeinden im 2004 beantragt, vom bisherigen vierjährigen auf einen dreijährigen Finanzierungszeitraum zu wechseln. «Damit soll rascher auf eventuelle Entwicklungen reagiert werden können», meint der VDZO-Geschäftsleiter.

### **Finanzierung im Oberland nur für zwei Jahre gesichert**

Diese Einschätzung des Vorstandes sei offensichtlich richtig gewesen, hätten die meisten Gemeinden des Bezirks Hinwil die Beiträge vorläufig doch nur für zwei Jahre, einige wenige Oberländer Gemeinden gar nur für ein Jahr beschlossen. «Noch nie in meiner zwölfjährigen Tätigkeit im Verein war es so schwierig, die Gemeindebehörde von der Notwendigkeit der solidarischen Beiträge zu überzeugen», unterstreicht Baumberger.

### **Büro Job wurde ausgelagert**

Dabei habe der VDZO seinen Sparwillen damit bewiesen, dass er sein Angebot Büro Job Uster per 1. Januar dieses Jahres dem Verein «also! für berufliche Integration des Bezirks Uster» übergeben. «Im Vordergrund stand dabei die fachliche Kompetenz der neuen Trägerschaftsorganisation im Arbeitsbereich und andererseits die Möglichkeit, eine andere Finanzierungsschiene, nämlich die Arbeitslosenversicherung, zu nutzen», ergänzt Baumberger.

Durch die Massnahme konnte bei der Geschäftsstelle eine halbe Personalposition eingespart werden. Weitere Sparmassnahmen – angesichts der stark rückläufigen Übernachtungszahlen in der Notschlafstelle Wetzikon wäre dort eine Kürzung denkbar – sind in Vorbereitung. Allerdings will der Geschäftsleiter noch keine konkreten Angaben machen.

Die massive Budgetkürzung, die für das Netzwerk 60 Prozent betragen habe, führte laut Jucker nicht nur zur Schliessung einzelner Angebote, auch die Qualität der weiter bestehenden Angebote sei mit weniger Personal «schwierig zu halten». Letztlich könnten die Kürzungen zu einem «ernsthaften Problem werden und die langfristigen volkswirtschaftlichen Kosten könnten weit mehr als die gesparten 4,8 Millionen betragen», befürchten Jucker und Scholer. Dem Wunsch der beiden, dass der Regierungsrat im Drogenbereich nochmals über die Bücher geht, dürfte die Kantonsregierung jedoch kaum nachkommen.

ZO / AvU · Mittwoch, 27. April 2005

### **Drogenhilfe im Oberland steht unter Druck**

avu. Der Kanton hat seine Beiträge an die dezentrale Drogenhilfe auf die Hälfte gekürzt. Dies bekommen die Anbieter der Hilfsprogramme im Oberland stark zu spüren. Verschiedene Angebote sind reduziert oder ausgelagert worden. Doch die Anbieter warnen, dass nicht so viel Geld entzogen werden kann, ohne das Viersäulenmodell zu schwächen.